

# Betriebsdelegationen im Reichstag

## Die Massen fordern die Vollamnestie — das Zentrum verhöhnt die politischen Zuchthausgefangenen.

Am Montag erschienen im Reichstag aus den verschiedenen Betrieben und von zusammen 13 von der Arbeiterkammer beauftragte Delegationen. Im ganzen waren 40 Arbeiter, die der SPD, der SPD angehören und zum Teil parteilose sind, erschienen. Die Delegationen vertraten folgende Betriebe:

- Schwarzpfort, Scheringstraße,
- Betriebswerkstätten Nordbahn,
- Elektrische Apparate Dr. V. Meyer,
- Strahlenbau Post u. Co.,
- Chemiewerke von Ruhldorf,
- Eisenbahnausbesserungswerkstätten Tempelhof;
- Hga. Lichtenberg,
- Tschmann, Berlin,
- W.G. Transformationen,
- Doram u. Bert, Berlin.

Außerdem waren aus verschiedenen Schleiferei- und Tischlereibetrieben Berlins Delegationen erschienen. Von der linken Seite aus Hamburg war ebenfalls eine Delegation erschienen.

Die Delegierten informierten sich bei der kommunistischen Reichstagsfraktion über den Stand der Amnestiefrage und erhielten von dort die Versicherung, daß die SPD alles daran setzt, um aus der vorliegenden Scheinamnestie eine wirkliche Vollamnestie zu machen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg und Jägerfeld erklärten der Delegation, daß die SPD ebenfalls mit allen Kräften dafür Sorge tragen werde, daß sämtliche politischen politischen Gefangenen unter die Amnestie fallen.

Die amnestiefeindliche Stellung des Zentrums kam durch den Abgeordneten Schulte (Zentrum) zum Ausdruck. Dieser erklärte den Arbeiterdelegationen u. a. folgendes: Die Zentrumsfraktion werde keinesfalls über den Vorfall der Reichsregierung in der Amnestiefrage hinwegsehen.

Das Zentrum stehe auf dem Standpunkt, daß die politischen Zuchthausgefangenen nicht amnestiert werden dürfen; denn diejenigen, die mit Zuchthaus bestraft sind, wären in den meisten Fällen gemeingefährliche Verbrecher.

In feindseliger Weise fragte er dann die Delegierten, ob sie denn als Arbeiter nicht auch auf dem Standpunkt ständen, daß gemeingefährliche Verbrecher nicht unter die Amnestie fallen dürfen. Im übrigen, so führte er weiter aus, seien unter den Gefangenen keine Zentrumsarbeiter. Ein Delegierter aus dem Ruhrgebiet wies aber dem Zentrumsabgeordneten nach, daß

gerade im Ruhrgebiet eine ganze Anzahl Zentrumsarbeiter zu den schwersten Strafen verurteilt worden sind. Schulte wollte davon nichts wissen.

Der deutschnationalen Abgeordnete Kardoss wies mit der Bemerkung, daß keine Fraktion in der Amnestiefrage das Möglichste tun werde, den Forderungen der Delegation aus.

Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei betonte, daß er sich persönlich für die Vollamnestie einsetzen werde.

Die Stellung des Zentrums wird nicht nur beim Klassenbewußten Teil des Proletariats helle Empörung auslösen, sondern vor allen Dingen im Ruhrgebiet und in Süddeutschland auch bei dem Teil der Bevölkerung, die noch unter dem Einfluß des Zentrums stehen.

Die Stellung des Zentrumsabgeordneten Schulte ist um so unerhörter, da selbst der Staatsgerichtshof seine blutigen Terrorurteile nur damit motivierte, daß die Angeklagten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen des Republikvertrages zu Zuchthaus verurteilt werden mußten.

Selbst der Staatsgerichtshof, und das will viel heißen, machte seit durchweg den zu Zuchthaus verurteilten politischen Gefangenen die ehrenhafte Genügnung zuerkennen, und jetzt kommt das Zentrum und verhöhnt die Opfer des Justizterrors als gemeingefährliche Verbrecher.

Die Rothemann, Erbsenmörder, die Führer des Rapp-Pattches und die vom Staatsgerichtshof abgeurteilten Mitglieder der Arbeiterorganisation „Consol“ werden auf Grund der Hindenburg-Amnestie, über die das Zentrum nicht hinausgehen will, amnestiert. Proletarische Gefangene aber, die viele gemeingefährlichen Verbrechen zu verhindern suchten, sollen nach Auffassung des Zentrums weiter im Zuchthaus zugrunde gerichtet werden. Fürwahr, ein wahrhaft christlicher Standpunkt!

Es liegt jetzt an der Arbeiterkammer, die Zentrumsarbeiter über die Haltung ihrer Reichstagsfraktion aufzuklären und überall mit erhöhter Kraft für die Vollamnestie einzutreten.

Nur durch die geschlossene Front der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften kann der Amnestiebetrug verhindert werden und kann auch für die ins Zuchthaus geworfenen Klassenkämpfer eine Amnestie erzwungen werden!

Deshalb unterstützt mit allen Kräften die Unterschriftensammlung der „Roten Hilfe“! In wenigen Tagen werden Millionen von Unterschriften den Beweis erbringen, daß sich die Arbeiterkammer mit einer Scheinamnestie nicht abgeben läßt!

Überall in den Betrieben und Gewerkschaften, wo noch keine Delegationen gewählt wurden, müssen sofort die Vertreter der Arbeiterkammer in den Reichstag zu den politischen Parteien geschickt werden!

Verbreitet die Amnestiefront und verküffelt den Ruf: Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!

# Defund den politischen Gefangenen die Amnestie!

## Bereits beschickte Millionen Unterschriften!

Bei der ersten Sitzung der Amnestievorlage im Reichstag konnten rund eine halbe Million von der „Roten Hilfe“ gesammelte Unterschriften für die Forderung nach Vollamnestie auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden.

Über 50 Gemeindegemeinden haben sich telegraphisch auf die Forderung an die Reichsregierung mit der Forderung nach Vollamnestie gemeldet. Über 2000 Großbetriebe und soziale Gewerkschaftsorganisationen haben ihren Protest gegen die Scheinamnestie der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht.

Millionen deutscher Arbeiter fordern unter allen Umständen die schnelle Freilassung aller proletarisch politischen Gefangenen.

Am 27. Juli konnte im ganzen Reich folgendes Teilergebnis der Unterschriftensammlung festgestellt werden:

Berlin-Brandenburg-Gebiet	179 000
Hamburg-Weserland	66 000
Essen-Ruhrgebiet	80 000
Halle-Merseburg	56 000
Württemberg	43 000
Chemnitz-Grubeberg	42 000
Düsseldorf-Rheinberg	20 900
Sachsen	20 800
Thüringen	26 800
Franken	20 000
Leipzig-Mecklenburg	20 000
Magdeburg-Halle	19 200
Sachsen	17 400
Dresden-Ostpreußen	16 800
Stromen	14 000
Rhein-Mittelrhein	13 000
Frankfurt a. M.	11 600
Hannover-Niederrhein	10 000
Kassel	6 800
Sachsen	6 200
Westfalen	6 200
Stettin	6 000
Pommern	4 000

Noch in dieser Woche wird die Amnestievorlage im Reichstag zur Entscheidung haben. Verhört den Druck! Immer größere Massen müssen auf den Plan treten, damit sämtliche politischen Gefangenen die Amnestie geöffnet werden!

# Die Kohlenbarone der Ruhr erhalten neue 15 Millionen Reichsgelder

Berlin, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kohlenbarone der Ruhr haben bereits einen Erfolg ihrer Verhandlungen mit der Regierung zu verzeichnen. Sie bekommen einen Kredit von 15 Millionen Mark aus Reichsmitteln, welchen aber noch, daß das viel zu wenig sei, da der Wert der Halbesbühde des Jahres betrags. Heute sollen Gewerkschaftsvertreter vom Reichsarbeitsminister Braun empfangen werden, der ihnen wahrscheinlich die Bedingungen der Kohlenbesitzer auf Einführung der Vorkriegsarbeit, Einschränkung aller nach vorhandenen sozialistischen Errungenschaften, die Sozialversicherung auf den Vorkriegsstand und darüber hinaus wundert machen soll. Außerdem ist von den Kohlenbesitzern bereits ein ausgedehnter Stilllegungsplan entworfen worden. Die Kohlenbarone können ihre Forderungen des proletarischen Helfers, als sie darauf hinweisen, daß auch die englische Regierung zur Vermeidung des Bergarbeiterstreiks sich zu Subventionen an die englischen Jochen entschlossen hat, mit deren Hilfe ein ausgebreiteter Dumping englischer Kohle auf dem Weltmarkt durchgeführt werden soll.

# Riesenkampf der Bergarbeiter im Saargebiet

Saarbrücken, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) 74 000 Bergarbeiter des Saargebietes sind am Montag früh in den Streik getreten. Die Streikenden sind rechtlos der Streikpolizei gefolgt. Die Zahl der Streikbrecher beträgt kaum mehr als 100 Mann. Die Landräte haben sofort die Streikbrecher festgenommen. Sämtliche bürgerlichen Parteien haben sich aus nationalstaatlichen Gründen, da die Streikenden unter französischer Leitung sind, hinter die Bergarbeiter gestellt. In der Praxis lehren die deutschen Hüttenindustriellen für ihre Metallarbeiter jede Lohnherabsetzung ab. Die in Paris mit den Organisationen geführten Verhandlungen haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeiter der Hütten- und Metallindustrie stehen ebenfalls in Lohnverhandlungen, die von den Unternehmern fortgesetzt verhandelt werden. Die oppositionellen Bergarbeiter fordern die Einberufung eines Arbeiter-Ausschusses, um eine einheitliche Kampffront aller Arbeiterkategorien herzustellen.

# Vor neuen Lohnkämpfen

Bonn, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat die Kalkulierer bei der Abrechnung des Lohnsatzes beschließen. Die Organisationsleitungen wurden beschuldigt, Maßnahmen zum Zweck der Lohnsenkung einzuleiten.

Stettin, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Für die hiesige Eisenindustrie besteht die Absicht, in allerhöchster Zeit 25 Prozent der Angestellten und Arbeiter zu kündigen.

Essen, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Abstimmung über die Abrechnung der Lohnforderungen stimmten 90 Prozent der Gemeindeglieder von Rheinland-Westfalen für den Streik. Die Forderungen wurden von 10 Prozent auf 7 Prozent ermäßigt. Mittwoch finden Verhandlungen vor dem Schlichter in Dortmund statt. Ebenso findet eine gemeinsame Konferenz der britischen und freien Gewerkschaften statt, insofern das Ergebnis der Verhandlungen zwischen V-Beitragern und Arbeitern nicht zufriedenstellend sein sollte.

Saarbrücken, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Handwerker des Saargebietes richteten an den französischen Minister für öffentliche Arbeiten telegraphisch das Gesuch, durch Erhöhung der Löhne den Bergarbeiterstreik zu beendigen und damit die dem Saargebiet drohende Katastrophe abzuwenden. Der Reichsarbeitsminister in Ottawa richtete gleichfalls ein Telegramm an den Minister mit dem Hinweis, daß die Folgen eines langen Lohnkampfes für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Saargebietes unabsehbar wären.

# Für Amnestie-Delegationen in Preußen verschlossene Türen! Severing hat keine Zeit für die Forderungen der Arbeiterkammer

Eine Betriebsdelegation aus Halle wollte am Dienstag die Forderungen der hiesigen Arbeiterkammer bei der Preussischen Regierung nach Vollamnestie vorbringen.

Der preussische Landtagsabgeordnete Schwent verbot die Delegation, die Verbindung mit der Regierung herzustellen. Staatssekretär Weikmann, bei dem um eine Audienz nachgesucht wurde, wies die Delegation auf dem Innenminister Severing, der den Ministerpräsidenten Frau während seines Urlaubs vertritt. Severing war aber für die Delegation nicht zu sprechen. Er ließ durch seine Sekretäre erklären, daß er weder heute noch morgen zu einer Audienz Zeit finden würde.

Als Abgeordneter Schwent darauf aufmerksam machte, daß es nur wenige Minuten für diese Audienz in Frage käme, ließ Severing auf seinem Standpunkt bestehen.

Es ist bezeichnend für die Preussische Regierung und für den Sozialdemokraten Severing, daß er in einer so wichtigen Frage, wie es die Amnestiefrage ist, für eine Betriebsdelegation, die einen ganzen Tag Arbeitszeit und Lohnausfall kosten, keine lumpigen zehn Minuten zur Verfügung hat.

Severing erwidert erneut auf die Stellung des Beweises, daß ausschließlich auf Seiten der Amnestiefeinde liegt!

# Amnestiebetrug an den Märzkämpfern Arbeiter,weigert den Amnestiekampf!

In und nach den Märzkämpfen 1921 sind allein in Preussischland 154 Arbeiter erschossen und erschlagen worden. Mehr als 5000 Proletarier standen vor den Sondergerichten Eberts, die ohne Verteidigung, ohne Anklageklarin und unter Außerachtlassung der sogenannten Rechtsgrundsätze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

Wohlgemerkt der Amnestie nach dem Rathenau-Word schmachten heute viele Märzkämpfer im Kerker. Sollen diese Arbeiter noch länger gefangen gehalten werden? Müßten die proletarischen Massen nicht alle Kräfte aufbieten, um auch die Opfer der Märzkämpfe zu befreien? Wir ermahnen deshalb folgende:

1. H. J. verheiratet, seit 1921 verheiratet, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Gegenwärtig im Zuchthaus Breslau. Den Mord, der Anlaß zur lebenslänglichen Zuchthausstrafe gab, hat Holz nach den Darlegungen seiner Verteidiger nicht ausgeführt.

2. Karl Steinbach aus Wallwig im Saalekreis, der verheiratet und 6 Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren hat, ist wegen seiner Beteiligung an der Märzaktion zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt und ist gegenwärtig in der Strafanstalt Lichtenburg. Steinbach soll bei den Märzkämpfen auf die anstreifende Schutzpolizei geschossen haben.

3. Hermann Selbke aus Tilschen, der verheiratet ist und ein Kind hat, ist wegen seiner Teilnahme an den Märzkämpfen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und ist gegenwärtig in Kitzdorf in Halle. Einzelne Mordtaten konnten diesem Genossen nicht nachgewiesen werden.

4. Otto Kühn aus Erfurt, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, am 1. Oktober 1921 verhaftet und zu 10 Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, die er in der Strafanstalt Lichtenburg verbüßt. Er

ist wegen Sprengstoffvergehen verurteilt, dabei haben ihn Spitzel veranlaßt, eine kleine Menge Sprengstoff in eine Bekleidungsanstalt niederzuliegen.

5. Rudolf Schlaue, Erfurt, ist wegen der gleichen Sache gemeinsam mit Kühn zu 9 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, die er in der Strafanstalt Celle verbüßt.

6. Paul Koffe aus Langenbogen, Kreis Mansfeld, ist wegen Landfriedensbruch durch Beteiligung an der Märzaktion zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hat gegenwärtig im Zuchthaus Lichtenburg. Koffe, dessen Bruder ebenfalls lange Jahre im Zuchthaus war, hat während seiner Strafzeit seine Frau und seine Mutter verloren. Sein Kind wird von der Gemeinde von einer Familie zur anderen geschickt.

7. Paul Hugo Weich, Mohrlan in Sachsen, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Wegen Landfriedensbruch zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er im Zuchthaus Waldheim verbüßt. Dem Genossen Weich wurde durch die Schieberkassen der Schupo ein Bein perlerit, das während seiner Untersuchungsstrafe amputiert wurde. Er mußte einen Teil seiner Strafe im Gipsverband verbringen.

Die Schutzpolizeibeamten, die gefangene Arbeiter geschlagen und mißhandelt haben, sind alle freigesprochen worden. Die schwer mißhandelten Arbeiter sitzen noch obenbrein jahrelang im Zuchthaus.

Eine Amnestie, die nicht auch die Märzkämpfer erfaßt, ist keine Amnestie!

Arbeiter heraus! Verküffelt den Amnestiekampf!

# Neue Enthüllungen über die börsliche Geme

Berlin, 27. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ legt seine Enthüllungen über die börsliche Geme in Westfalen und im Zusammenhang mit anderen nationalen Stellen fort. In dem Montag-Abendblatt berichtet es den Stahlhüttenführer in Fremer und seinen Geschäftsführer des Landbundes in Westfalen, daß er leitet die Bekleidung, Verpflegung und teilweise auch Bewaffnung der sogenannten „Landarbeiter“, zu denen die Angehörigen des letzten Jahres gehören, durchgeführt hat. Doch er in den Jahren 1923/24 in seinem Landbundesführer ein Waffen- und Munitionsmagazin unterhielt und ebenso in der Stadt Gadebusch, eine vollständige Höcherei, in einem Laden Gewehr und Munition verstaute, von wo sie dann teilweise noch im Sommer 1924 auf die einzelnen Güter gefahren wurden.

Weiter wird eine Reihe von Morden, angeblichen Selbstmorden und partiellen Verharmen von Personen, die bei den börslichen Arbeiterorganisationen im Spitzelverdienst standen, aufgedeckt. Es wird daran erinnert, daß der Landbundesführer in Fremer und der hiesige Ministerpräsident von Westfalen, Freiherr von Brandenkeim, auf keinem Wege zwei ihm angeblich unbekannt Offiziere beherbergt hat, die leinereit einen sozialdemokratischen Arbeiter niederschossen haben, nachdem er von dem durch die beiden schändlichen Mörder gebildeten „Kriegsgericht“ zum Tode verurteilt worden war. Die Häfen einer ganzen Anzahl von börslichen Gemeorden im ganzen Reich führen ebenfalls nach Westfalen. So die Ermordung des Studenten Bauer in München, die des Seminaristen Kadow, die „zufällige“ Tötung des Frontführers Just bei Gadebusch, der ebenfalls den börslichen als Spitzel verdächtig war.